



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 19.09.2008

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 25. September 2008, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **08-F-25-0109**

Straßenraumkonzept Schwalbacher Straße
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 16.09.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die positive Entwicklung, die sich aufgrund der Rahmenplanung westliche Innenstadt für die Schwalbacher Straße bereits ergeben haben. Projekte wie die Eröffnung des Luisenforums inklusive des neuen besucherfreundlichen Parkhauses, die Sanierung und der Umbau des denkmalgeschützten ehemaligen VHS-Gebäudes in ein Ganztagshaus mit Schulmensa, die Verlegung des 1. Polizeireviere an den Platz der deutschen Einheit sowie die Sanierung und Aufwertung des Quartiers rund um die Kleine Schwalbacher Straße und die Sanierung der Wartburg sind deutliche Zeichen einer Quartierserneuerung und -attraktivierung.

Auch die bereits in der konkreten Planung befindlichen und in naher Zukunft realisierten Projekte, wie die Neugestaltung des Platzes der deutschen Einheit, des namentlichen Gedenkens am Michelsberg, die geplante Neugestaltung der Citypassage und ein in das Ensemble passender Neubau des Parkhauses Coulinstraße signalisieren eine weitere und konsequente Aufwertung der Schwalbacher Straße und deren Umfeld in einem erheblichen Umfang.

2. Um diese positive Entwicklung für den gesamten Straßenraum nachhaltig zu sichern wird der Magistrat gebeten, ein Straßenraumkonzept für die Schwalbacher Straße zu entwickeln und den Gremien zeitnah vorzulegen. Ziele dieses Konzepts sollen sein:
 - die Schaffung eines öffentlichen Raumes mit hoher Aufenthaltsqualität,
 - eine klare Verteilung des Raumes auf alle Verkehrsteilnehmer sowie die Vernetzung des Straßenraums für die unterschiedlichen Nutzergruppen,
 - eine hochwertige Freiflächengestaltung und Möblierung in Verbindung mit einer standortgerechten Leitbepflanzung, die den Alleencharakter der Schwalbacher Straße unterstützt,
 - die Schaffung von Möglichkeiten der gastronomischen Angeboten sowie
 - eine attraktive Neugestaltung der Unterführung mit einer sinnvollen Anbindung an den Neubau auf dem Platz der deutschen Einheit.
3. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit Teile dieser Maßnahmen im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ realisiert werden können.

5. 08-F-01-0088

Räume für Sport, Kultur und Veranstaltungen - Eine Multifunktionshalle für Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2008 -

Mit Beschluss Nummer 0215 vom 10. Mai 2007 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Magistrat zu bitten, *„zeitnah ein Nutzungskonzept für eine Multifunktionshalle vorzulegen“*. Dabei sollten auch mögliche Standorte sowie Finanzierungs- und Betreibermodelle für eine solche Halle geprüft werden.

Mit Beschluss Nummer 0049 vom 14. Juni 2007 hat der Ausschuss für Freizeit und Sport den *Magistrat darum gebeten, „den Ausschuss regelmäßig über den Sachstand der Planungen zum Bau einer multifunktionalen Halle in Wiesbaden berichten, insbesondere wenn neue Informationen vorliegen.“*

Inzwischen ist über ein Jahr vergangen, der Ausschuss für Freizeit und Sport wurde lediglich in groben Zügen informiert, der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr erhielt im September 2007 einen mündlichen Sachstandsbericht, das Konzept für eine Multifunktionshalle lässt allerdings immer noch auf sich warten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für die Errichtung einer Multifunktionshalle in Wiesbaden aus.
- Der Magistrat wird gebeten, bis Dezember 2008 das im Mai 2007 beantragte Konzept zu Bau, Betrieb, Finanzierung und Nutzung einer solchen Halle vorzulegen.
- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen Hallenstandort im Bereich der Mainzer Straße aus und schlägt zur intensiveren Prüfung vor:
 - o das Gelände hinter dem neu errichteten Self-Storage-Center
 - o eine Überbauung des Busbahnhofes in der Gartenfeldstraße auf Stelzen.

6. 08-F-25-0108

Starke Stadt für Studis und Azubis

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.09.2008 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bietet einen attraktiven Rahmen zum Leben und Lernen. Um die Vorteile der Stadt im Wettbewerb der Kommunen zu festigen und auszubauen, ist neben einer vielschichtigen und intensiven Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen, der EBS und den Ausbildungsstätten ein Anreizsystem „Starke Stadt für Studis und Azubis“ einzuführen, das Studenten und Auszubildende für Wiesbaden gewinnt und möglichst eine Bindung auch nach der Ausbildung veranlaßt.

In zahlreichen Städten (Gießen, Fulda, Braunschweig, Göttingen, Greifswald etc.) wurden verschiedene Anreizsysteme mit Erfolg eingeführt. Die Projekte verleihen den Städten ein positives Image, die Studierenden und Auszubildenden identifizieren sich mit dem Ausbildungsort.

Auch in Wiesbaden wird nach Beschluss des Bürgerausschusses vom Juni 2007 ein „Willkommenspaket für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende“ ausgegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.) Jeder Berechtigte erhält eine einmalige Zahlung von 100 Euro. Berechtig sind alle Studierenden, der Fachhochschule Wiesbaden, der Verwaltungsfachhochschule, der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung oder der EBS oder diejenigen, die einen Ausbildungsplatz in Wiesbaden haben und den Erstwohnsitz in Wiesbaden melden. Die Auszahlung der 100 Euro ist davon abhängig, daß der Erstwohnsitz in Wiesbaden am Jahresende noch besteht und erfolgt dann im folgenden Jahr.

2.) Jedem und jeder Studierenden und jedem und jeder Auszubildenden werden bei der Anmeldung, zusätzlich zu dem Willkommenspaket der Stadt, Gutscheine für das Filmtheater Caligari und für den Besuch eines städtischen Schwimmbades der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgehändigt, die sofort eingelöst werden können.

3.) Die Aktion „Starke Stadt für Studis und Azubis“ wird auf der Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden mit allen Daten beworben.

4.) Alle Verantwortlichen für Erstsemester und Auszubildende werden mit ausreichend Infomaterial versorgt.

5.) Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in der ersten Woche des Wintersemesters ein mobiles Bürgerbüro in der Fachhochschule und der EBS eingerichtet werden kann.

7. 08-F-04-0008

Steigerung der Attraktivität der Landeshauptstadt Wiesbaden für Gäste und Einwohner
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 15.09.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert folgende Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Landeshauptstadt Wiesbaden zu prüfen bzw. umzusetzen:

1. Im Bereich des Dernschen Geländes in der Nähe der Tourist Information sollte ein gut lesbarer Stadtplan aufgestellt werden, der zur schnellen Information für Touristen geeignet ist.
2. Es soll mit Nachdruck geprüft werden, wo weitere kostenlose Internet Einwahlpunkte in der Landeshauptstadt Wiesbaden eingerichtet werden können. Diese sollen dann im öffentlichen Raum kenntlich gemacht werden.
3. Die Versorgung mit öffentlichen Toiletten in der Landeshauptstadt Wiesbaden ist zu verbessern, hierzu ist beispielsweise die Einrichtung einer öffentlichen Toilette auf dem Dernschen Gelände erforderlich.

8. 08-F-06-0051

Neonazismus nicht ignorieren - gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 17.09.2008 -

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. August 2008 erklärte der Magistrat auf Anfrage, dass ihm keine Kenntnisse vorliegen über Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Der Magistrat erklärte dies, obwohl

- er ihm Frühjahr 2008 mehrfach städtische Räumlichkeiten (Bürgerhäuser) für NPD-Veranstaltungen (zunächst) zur Verfügung gestellt und die Genehmigung zur Nutzung erst nach öffentlichem Protest antifaschistisch-demokratischer Kräfte zurückgenommen hat
- er ihm Landtagswahlkampf von den Neonazis angemeldete so genannte "Info"-Stände im Straßenraum mehrfach genehmigt hat, die damit verbundene Möglichkeit volksverhetzender Propaganda allerdings durch demokratische Kräfte unterbunden wurde
- in der jüngsten Zeit zahlreiche Medienberichte auch in der örtlichen Tagespresse publiziert wurden über einen Prozess gegen den stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD und Mitglied des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden Rheingau-Taunus-Kreis, der wegen einer brutalen, politisch motivierten Gewalttat gegen einen Studenten der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde
- republikweit Medien über die jüngst verübte äußerst brutale neonazistische Gewalttat mit lebensgefährlicher Verletzung eines 13-jährigen Mädchens aus dem Schwalm-Eder-Kreis berichteten und der Hessische Landtag mit breiter Mehrheit diese Tat in einer Resolution verurteilte
- z.B. in einer Sitzung des Ausländerbeirates im Frühjahr 2008 anlässlich der genehmigten NPD-Veranstaltungen in städtischen Bürgerhäusern unter Anwesenheit von Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz und Stadtverordneten mehrerer Fraktionen über Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Gruppen im Stadtgebiet in Referaten ausführlich sachkundig berichtet wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt Gewalttaten wie die des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Mitglied des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis, an einem Studenten der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die in einer Reihe mit weiteren von Neonazis verübten Gewalttaten zu sehen sind, wie z.B. jüngst der an einem 13-jährigen Mädchen im Schwalm-Eder-Kreis, das von Neonazis überfallen wurde und lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in allen Erscheinungsformen vorzugehen und sich für ein selbstbestimmtes und friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzusetzen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umfassend über die Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu informieren und der Stadtverordnetenversammlung spätestens zu ihrer nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht vorzulegen.

9. 08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008 -
Berichterstatter: Stadtv. Tollebeek

10. 08-F-24-0006

Einführung eines Bürgerhaushaltes

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.09.2008 -

Vorbemerkung:

Haushaltsentscheidungen der Stadtverordnetenversammlung haben zumeist unmittelbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden. Deren Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Haushaltserstellung sind jedoch äußerst gering.

Ein 'Kommunaler Bürgerhaushalt' bietet die Möglichkeit, Bürgerschaft und Kommunalpolitik auch auf dem schwierigen Gebiet der Haushaltsaufstellung zu einem konstruktiven Dialog zusammen zu führen. Ferner hat die Verwaltung Gelegenheit, ihre Arbeit der Bürgerschaft zu vermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, Vorbereitungen für die Erstellung eines 'Kommunalen Bürgerhaushalts' für den Doppelhaushalt 2010 / 11 zu treffen.

Vor Einleitung der nachfolgenden Maßnahmen ist ein Kostenrahmen für das Projekt 'Kommunaler Bürgerhaushalt' und entsprechende Deckungsvorschläge aus dem Dezernatsbudget zu benennen.

Der Bürgerhaushalt soll

- einen Überblick über den Gesamthaushalt und die einzelnen Bereiche mittels Broschüren, eines geeigneten Internet-Auftritts und Informationsveranstaltungen ermöglichen;

- eine Diskussion des Gesamthaushaltes und einzelner Bereiche mit den Bürgerinnen und Bürgern in Diskussionsveranstaltungen, über den Internet-Auftritt, bzw. mittels geeigneter Methoden zur Meinungserfassung zulassen;

- Rechenschaft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern über von der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigte und nicht berücksichtigte Maßnahmen geben.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

- einen Projektverantwortlichen zu benennen, der zugleich Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist;

- einen Zeit- und Aufgabenplan festzulegen, der den Projektverlauf bestimmt;

- regelmäßig dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

11. 08-F-01-0089

Rheinwiesen in Mainz-Kastel / Anlage von Blumenbeeten - hier: Akteneinsicht
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß § 50 Abs. 2 HGO wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet, der prüfen soll, ob im Vorfeld der Anlage von Blumenbeeten auf den Kasteler Rheinwiesen die erforderlichen Anträge gestellt und diesbezügliche Genehmigungen erteilt worden sind.

Als Akteneinsichtsausschuss wird der Umweltausschuss bestimmt.

12. 08-F-06-0050

Kein Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue - Protest und Widerstand verstärken!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 16.09.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt in Übereinstimmung mit der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürgerschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden und vielen Menschen in der Region den Bau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue aus ökologischen, gesundheitspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen ab. Die weiterlaufenden Planungen sind undemokratisch, sie missachten den Willen der Bevölkerung und der von ihnen gewählten Mandatsträger/innen und richten sich gegen ihre Interessen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert, die Planungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes unverzüglich einzustellen und die ideellen und materiellen Kräfte für einen massiven, zügigen Ausbau der regenerativen Energieerzeugung zu mobilisieren.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von allen politisch Verantwortlichen entsprechende Handlungen auf allen Ebenen und in allen Institutionen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, bis zu einem Planungsstopp den Protest und Widerstand gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes mit vielfältigen Aktionen zu verstärken und auszuweiten.

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. 08-F-01-0064

Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue / Bemühungen der KMW AG zur Erlangung eines Gaslieferungsvertrages

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2008 -
- Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0362 vom 17.09.2008 -

ANLAGE

2. 08-F-07-0025

Aufwertung der Gedenkstätte "Unter den Eichen"

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 05.08.2008 -
- Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur Nr. 0145 vom 11.09.2008 -

ANLAGE

3. 08-V-01-0014

DL 36/08-2

Deckung von Personalkostenmehrausgaben

4. 08-V-07-0007

DL 35/08-1

Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben 2007

5. 08-V-10-0018

DL 39/08-1, 38/08-1

Ehrung eines ausgeschiedenen Mitglied des Magistrats

6. 08-V-11-5029

Verfahren zum Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen und Maschinen

ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH

7. 08-V-20-0041

DL 35/08-3

Auswertung der Dezernatsbudgets 2007

8. **08-V-20-0046** **DL 35/08-4**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. **08-V-20-0047** **DL 35/08-5**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

ANLAGE

10. **08-V-33-0005** **DL 34/08-1**

Integrationsbericht 2007

11. **08-V-37-0003** **DL 39/08-2, 38/08-2**

Finanzieller Ausgleich von Zuvielarbeit für die Feuerwehrbeamten in den Wachabteilungen

12. **08-V-40-0030** **DL 36/08-4**

Zusätzliche Mittelbereitstellung für SNB-Maßnahmen in 2008

13. **08-V-40-0033** **DL 39/08-3, 36/08-5**

IGS West am Standort der Ludwig-Erhard-Schule; Genehmigung der Baumaßnahmen
- Grundsatzvorlage -

ANLAGE

14. **08-V-41-0006** **DL 14/08-3**

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten

15. **08-V-41-0019** **DL 35/08-6**
150 Jahre Wiesbadener Fastnacht in 2009; Gewährung eines Sonderzuschusses an die DACHO
16. **08-V-41-0024**
Sanierung Burg Sonnenberg; Bericht zum Stand der Arbeiten
ANLAGE
17. **08-V-51-0027** **DL 35/08-7**
Freigabe von Mitteln für die Kinder- und Jugendarbeit , Projektförderung bei freien Trägern
18. **08-V-51-0061** **DL 39/08-4, 38/08-3**
Schaffung neuer Krippenplätze in Delkenheim im Rahmen der Krippenoffensive
19. **08-V-52-0017** **DL 36/08-6**
Bau von Kleinspielfeldern mit Kunststoffrasen
20. **08-V-66-0203** **DL 39/08-5, 38/08-7**
Radwegeverbindung von Wiesbaden-Süd in die östlichen Vororte; Herstellung der Wegeoberfläche
21. **08-V-66-0208** **DL 32/08-15, 29/08-4**
Bau einer Lichtsignalanlage an der Einmündung Moltkering / Hans-Bredow-Straße
22. **08-V-66-0220** **DL 39/08-6, 38/08-8**
Greifstraße, Wiesbaden-Dotzheim; Einbeziehung in die Tempo-30-Zonenregelung

23. **08-V-66-0222** **DL 39/08-7, 38/08-9**

Hermann-Löns-Straße, Wiesbaden-Schierstein; Einbeziehung in die Tempo-30-Zonenregelung

24. **08-V-66-0223** **DL 36/08-8**

Erweiterung des Park+ Ride-Parkplatzes Kahlemühle an der Erich-Ollenhauer-Straße

25. **08-V-66-0232** **DL 35/08-10**

B 40 Mainz-Kostheim - Verlegung der Ortsdurchfahrt

Tagesordnung III

1. **08-F-01-0065**

Erinnern und Mahnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2008 -
- Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur 0146 vom 11.09.2008 -

ANLAGE

2. **08-V-01-0012** **DL 36/08-1**

Ordnung über Ehrungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Ehrungsordnung)

3. **08-V-01-0017**

Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH

4. **08-V-10-0020** **DL 40/08-1**

WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH -Besetzung des Aufsichtsrates, Ergänzung des Gesellschaftsvertrages

ANLAGE

5. **08-V-11-5026** **DL 35/08-2**
Gutachten zur Neuorganisation der Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt
Wiesbaden
ANLAGE
6. **08-V-40-0027** **DL 36/08-3**
- Comeniuschule - Ergebnisse des Architekturwettbewerbs
7. **08-V-61-0015** **DL 38/08-4, 37/08-1**
Bebauungsplan "Nordöstlich der Hirtenstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss -
8. **08-V-61-0023** **DL 36/08-7**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Campus Klarenthal“ im Ortsbezirk Klarenthal
Einleitungsbeschluss und Beschluss zur öffentlichen Auslegung
9. **08-V-61-0024** **DL 35/08-8**
Bebauungsplan "Am Allersberg-Kantstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss -
10. **08-V-61-0028** **DL 38/08-5, 37/08-2**
Bebauungsplan "Europaviertel - Südwestlich der George-Marshall-Straße" im Ortsbezirk
Rheingauviertel-Hollerborn - Satzungsbeschluss -
11. **08-V-61-0031** **DL 38/08-6, 37/08-3**
Bebauungsplan "Kirschgarten" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung
12. **08-V-61-0033** **DL 35/08-9**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Von-Leyden-Straße 25" im Ortsbezirk Bierstadt
- Satzungsbeschluss -

13. **08-V-66-0241** **DL 39/08-9, 38/08-10**

Dorfplatz Breckenheim - Umgestaltung - 2. Bauabschnitt

14. **08-V-67-0009** **DL 36/08-9**

Brunnen Robert-Krekel-Anlage

15. **08-V-80-8009** **DL 38/08-11, 36/08-10**

Wiesbadener Programm zur Wiedereingliederung älterer arbeitsloser SGB II-Bezieher in den 1. Arbeitsmarkt - " Wiesbaden 50plus " -

Zu den folgenden Punkten findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:

16. **08-V-52-0018**

Sanierungsmaßnahmen Tribüne Stadion Berliner Straße; Mehrkosten

ANLAGE

17. **08-V-66-0230** **DL 39/08-8**

Taunusstraße - Herstellung von Radverkehrsanlagen

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **08-V-20-0050** **DL 36/08-1 NÖ**

Berichterstattung Beteiligungsunternehmen 2. Quartal 08

2. **08-V-20-0051** **DL 36/08-2 NÖ**

Bürgerschaft

3. 08-V-20-0052 DL 38/08-1 NÖ, 36/08-3 NÖ
Änderung Gesellschaftsvertrag
ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH
4. 08-V-20-0053 DL 36/08-4 NÖ
Kredite
5. 08-V-20-0054 DL 39/08-1 NÖ, 38/08-2 NÖ
Bürgschaft
6. 08-V-36-0019 DL 36/08-5 NÖ
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat 26. Juni 08
7. 08-V-62-0009 DL 40/08-1 NÖ
Baulandumlegungsverfahren
ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH
8. 08-V-80-2314 DL 36/08-6 NÖ
Vergabe Erbbaurecht

HINWEIS:

Die zu Punkt 4 der Tagesordnung III (WIM - Besetzung des Aufsichtsrates) erforderliche Wahl wird vor der Pause stattfinden.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin